



IEDF

**INTERESSENGEMEINSCHAFT
EHMALIGER DDR-FLÜCHTLINGE e.V.**

IG ehem. DDR-Flüchtlinge, Postfach 25 01 40, 68084 Mannheim

**Herrn Bundespräsident
Frank-Walter Steinmeier
c/o Dr. Oliver Schmolke
Spreeweg 1**

10557 Berlin

Postfach 25 01 40 · 68084 Mannheim
vorstand@iedf.de · www.iedf.de
www.flucht-und-ausreise.info

Amtsgericht Mannheim · VR 700231
Der Verein besitzt den Status der Gemeinnützigkeit.

Bank: IG ehem. DDR-Flüchtlinge
Deutsche Bank Mannheim
IBAN DE50 6707 0024 0043 7749 00
BIC DEUTDE33MAN

Mannheim, den 15. Dezember 2021

DDR-Flüchtlinge und die neue Mehrheiten im Bundestag

Sehr verehrter Herr Bundespräsident,

die ehemaligen DDR-Flüchtlinge, Ausreiseantragsteller und aus politischer Haft freigekauften schöpfen mit dem Einzug von Olaf Scholz in das Bundeskanzleramt neue Hoffnung. Die Richtlinienkompetenz liegt nun bei ihm.

Olaf Scholz hatte uns mit Schreiben vom 28.09.2017 versichert: „...*Wir werden unsere Politik der letzten Jahre hinterfragen müssen. ... Im Sommer 2012 standen wir im Bundestag kurz davor, dieses Unrecht zu beseitigen. Alle Fraktionen waren sich damals einig, dass der status quo so nicht beibehalten werden konnte. Leider wendete sich jedoch das zuständige BMAS unter der Leitung der Ministerin Ursula von der Leyen gegen den Bundestagsbeschluss und sah keinen Änderungsbedarf. ...*“

Die Haltung der Ministerin von der Leyen spiegelt die grundsätzliche Einstellung der Union wider, wie wir sie seit Beginn der Kanzlerschaft Angela Merkel zu spüren hatten. Sie, sehr verehrter Herr Bundespräsident, wissen das. Wir haben es Ihnen am 29.11.2018 vortragen dürfen. Seitdem hat sich nichts geändert.

Auf dem Tisch des Bundestages liegt seit April 2018 die Beschwerde Pet. 3-19-11-8222-006233. Die neuen Mehrheitsverhältnisse im 20. Bundestag bieten die Voraussetzung für eine vorurteilsfreie Bearbeitung dieser Eingabe.

Das BMAS liegt weiterhin in der Hand von Hubertus Heil. Er hatte uns am 12.06.2015 geschrieben: „*Ihr Vertrauen in die SPD im Deutschen Bundestag war und ist berechtigt.*“ Er habe sich in seiner Fraktion dafür stark gemacht, dass „*das o.g. Thema - obwohl es in den Koalitionsverhandlungen auf Druck von CDU/CSU keine Berücksichtigung gefunden hat! – auf die Tagesordnung genommen worden ist. ... Es ist jedoch objektiv festzustellen, dass in den Reihen der Union bislang nicht ansatzweise Bewegung in diese Angelegenheit gebracht werden konnte.*“

Die SPD sah sich damals dem Druck seitens der Union ausgesetzt und konnte sich dem nicht entziehen. Nun haben wir andere Mehrheiten, und die SPD stellt den Kanzler.

Aktuell ist es uns wichtig, Ihnen den verheerenden Vertrauensverlust gegenüber der Politik anzuzeigen, der sich in den vergangenen Legislaturperioden schrittweise vollzogen hat. Wir wissen, dass es die von Angela Merkel geführte CDU war, die eine angemessene Lösung des anstehenden Konfliktes verhindert hat.

Was die scheidende Kanzlerin bei der Abschiedszeremonie medienwirksam sagte, klingt in den Ohren der ehemaligen DDR-Flüchtlinge wie Hohn: „*Unsere Demokratie lebt von der Fähigkeit zur kritischen Auseinandersetzung und zur Selbstkorrektur. Sie lebt vom steten Ausgleich der Interessen und vom Respekt voreinander. Sie lebt von Solidarität und Vertrauen ...*“. Die DDR-Altübersiedler haben das Gegenteil von dem erlebt.

Von der neuen Bundesregierung erwarten wir, dass sie die Politik der 2 letzten Legislaturperioden, in denen die SPD als Juniorpartnerin an der Regierung beteiligt war, selbstkritisch hinterfragt und sich ihrer ursprünglichen Haltung gegenüber den ehemaligen DDR-Flüchtlingen, Ausreiseantragstellern und aus politischer Haft Freigekauften erinnert. Zusammen mit den Grünen und der FDP, die ihrerseits immer für eine gerechte Lösung des Konfliktes votiert hatten, müsste es doch mit dem Teufel zugehen, wenn die Ampel eine solche nicht zustande bringt.

Wie gesagt: Die „Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V.“ ist kein Verein von Nörglern, sondern eine zivilgesellschaftliche Organisation, die den Finger auf eine Wunde legt. Eine Wunde am Organismus der Rechtsstaatlichkeit.

Wir wissen, dass Sie in Ihrem Amt als Bundespräsident nicht auf die aktuelle Tagespolitik einwirken dürfen. Ungeachtet dessen legen wir Wert darauf, dass Sie weiterhin über den Gang der Dinge informiert bleiben.

Wir wünschen Ihnen, sehr verehrter Herr Bundespräsident, eine gesegnete Weihnachtszeit.

Mit vorzüglicher Hochachtung,



Dr.-Ing. Jürgen Holdefleiß
(Vorsitzender IEDF)